

Beschluss

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 20. April 2022

§ 511

Motion Karl Stadler, Schwändi, und Unterzeichnende «Fachstelle Klimaschutz»

(Bericht Regierungsrat, 22.3.2022)

Karl Stadler, Schwändi, Unterzeichner, beantragt im Namen der Grünen Fraktion die Überweisung der Motion. – Der Kanton hat sich in den vergangenen Jahren auf verschiedenen Ebenen in Entscheiden und Berichten mit der Klimafrage auseinandergesetzt. Beispiele sind die Entscheide der Landsgemeinde 2021 zum Energiegesetz und zur Umsetzung der Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich, die Energieplanung 2035 und der Bericht aus dem Jahr 2019 über den Umgang mit den Folgen der Klimaveränderung. Gerade letzterer wurde im Landrat ausführlich diskutiert. Einige Male wurde betont, dass aus diesem Bericht auch Massnahmen hervorgehen müssten, statt dass diese nur als notwendig beschrieben werden. Die Arbeiten müssten departementsübergreifend an die Hand genommen werden. Der Regierungsrat sagt in seiner Antwort, in der Verwaltung seien etwa 10 Stellenprozent für diese Aufgaben vorgesehen. Das sei eher wenig. Das wird durch den Vergleich mit anderen Kantonen klar bestätigt. Es ist also zu befürchten, dass all die schönen Vorsätze auch solche bleiben. Erst recht wird nicht vorausschauend und proaktiv gehandelt. Trotzdem lehnt der Regierungsrat die Einrichtung einer Fachstelle ab, unter anderem mit dem Hinweis auf die Organisationskompetenz, die der Regierungsrat innehat. Natürlich liegt die Organisationskompetenz grundsätzlich beim Regierungsrat. Aber das darf nicht bedeuten, dass der Landrat dem Regierungsrat keine Aufgaben übertragen oder solche erweitern kann, wenn er dies für wichtig erachtet. Die Aufgabe, das Klima und den Kanton vor den Folgen der Klimaveränderung zu schützen, ist wichtig. Das verneint wohl keine Fraktion im Landrat. Abgesehen davon gibt es bereits Fachstellen, die gesetzlich definiert sind. Die Energiefachstelle, die Datenschutzfachstelle, die Fachstelle Sonderpädagogik. Die kommende Landsgemeinde wird wahrscheinlich eine Fachstelle Digitalisierung per Gesetz schaffen. Das wäre also nichts Neues. Der Kanton muss in der Klimafrage aktiver werden. Dies mit formalrechtlichen Argumenten abzulehnen, wird der Sache nicht gerecht. Es gibt mehr Arbeit und mehr Aufgaben, als bewältigt werden können. Deshalb muss bei den personellen Ressourcen, bei der Stellendotation etwas geändert werden. Im Bereich Heizung und Gebäude ging es an der vergangenen Landsgemeinde vorwärts. Das Potenzial ist aber bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Im Bereich Verkehr gibt es unter dem Aspekt des Klimaschutzes die Themen Motorfahrzeugsteuer, Pendlerabzüge, Fussgänger- und Veloverkehr und Förderung des öV. Weiter gibt es das Thema erneuerbare Energien. Man müsste das Thema Windkraft wieder angehen, könnte eine Biogasförderung auf kantonaler Ebene prüfen, eine Emissionssenkung oder gar die Bindung von Treibhausgasen aus der Luft, zum Beispiel in der Landwirtschaft und in anderen Branchen, wären möglich oder werden schon umgesetzt. Dies alles sind Beispiele von Bereichen, in denen der Kanton im Moment nicht aktiv genug sein kann. Die

Grüne Fraktion schlägt deshalb eine Fachstelle vor. Denn diese hat die notwendigen Mittel und das notwendige Gewicht, um die wichtige Aufgabe des Klimaschutzes und des Schutzes vor dem Klimawandel zu erfüllen. Die Grüne Fraktion strebt vor allem an, dass personelle Ressourcen bereitgestellt werden.

Sabine Steinmann, Oberurnen, unterstützt im Namen der SP-Fraktion den Antrag Stadler. – Ein 10-Prozent-Pensum im Bereich Klima wird der grossen und wichtigen Thematik nicht mehr gerecht. Es muss eine Stelle innerhalb der Verwaltung definiert werden. Dort laufen die Fäden zusammen, werden Projekte koordiniert, findet ein Monitoring statt, damit man weiss, wo man steht. – Man muss keine Wahrsagerin sein, um zu erkennen, dass es mit der aktuellen Dotation von 10 Prozent bald eine Aufstockung braucht. Wie auch der Regierungsrat schreibt, wird der Aufwand wegen der Revision des CO₂-Gesetzes sowie der Umsetzung der Klimastrategie 2050 und der Energieplanung 2035 des Kantons steigen. Der Regierungsrat muss die Erhöhung des Ressourceneinsatzes im Bereich Klimaschutz angehen, sobald nach den gesetzgeberischen Entscheiden des Bundesrates feststeht, welche Vollzugsaufgaben der Kanton erfüllen soll. Der SP-Fraktion ist wichtig, dass Klimaschutzanliegen vorangetrieben werden. Dafür braucht es genügend Personal und Koordination.

Hans-Heinrich Wichser, Braunwald, spricht sich stellvertretend für die SVP-Fraktion für Zustimmung zum regierungsrätlichen Antrag auf Ablehnung der Motion aus. – Die SVP-Fraktion ist grundsätzlich immer skeptisch bezüglich der Schaffung neuer Stellen. Gerade beim vorliegenden Begehren sollte man nicht voreilig handeln. Andere Kantone zeigen auf, dass die Aufgaben im Klimaschutz gut in den bestehenden Abteilungen integriert werden können. Es ist beim praktisch Sinnvollen zu verbleiben und die Motion abzulehnen.

Franz Landolt, Näfels, unterstützt namens der Die-Mitte-/GLP-Fraktion den Antrag Stadler. – Die Begründungen von Landrat Karl Stadler und Landrätin Sabine Steinmann können voll unterstützt werden. Dass das Klima und vor allem die Gesellschaft selbst zu schützen ist, ist bekannt. Bekannt ist auch: Je schneller und besser gehandelt wird, desto geringer fallen die Kosten und die Risiken aus – auch im Kanton Glarus. – Die Aufgaben gibt es schon seit längerer Zeit. Sie können jetzt proaktiv angepackt werden. Oder man kann weiter zuwarten im Bewusstsein, dass dies nur zu grösseren Schäden und höheren Kosten führt. Der Landrat handelte beim Wolf. Das soll er nun auch im Klimaschutz. Dieses Thema ist noch wesentlich entscheidender. Klimaschutz ist ein Generationenthema und wird noch lange begleiten. Auch gegenüber der Landsgemeinde würde der Landrat das richtige Zeichen setzen, wenn er die Motion überweist. Der Regierungsrat ist zu beauftragen, eine Fachstelle zu bezeichnen, die sich dem Thema annimmt – vorerst ohne neues Personal einzustellen.

Regierungsrat *Kaspar Becker* beantragt Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates. – Den Motionären ist zu danken. Sie rennen im Grundsatz offene Türen ein. Das gleiche Thema wurde vor ziemlich genau zwei Jahren schon einmal im Landrat behandelt. Der vorgeschlagene Weg ist aber nicht der richtige. Für die Schaffung von Stellen gibt es einen anderen Prozess. Dieser führt über die Budgetierung, nicht über politische Vorstösse oder allenfalls sogar über Gesetze, die auszuarbeiten wären. Aufgaben einer Fachstelle sind klar zu definieren. Das wird im Budgetprozess auch so gemacht, wenn dem Landrat Stellen beantragt werden. – Im Moment laufen auf Gesetzesebene sehr viele Prozesse; sei es beim Bund, sei es im Kanton. Es ist richtig, diese Entwicklungen abzuwarten. Wenn sie bekannt sind, können die Aufgaben konkret definiert und im Budgetprozess Stellen beantragt werden. Ein Pensum von 10 Prozent reicht nicht. All die anstehenden Aufgaben erfordern eine Aufstockung oder eine Umorganisation. – Für die Unterstützung des Anliegens im Budgetprozess ist schon jetzt zu danken. Die Idee hinter der Motion wird geteilt. Der Weg ist bloss anders zu gehen.

Abstimmung: Der Antrag des Regierungsrates obsiegt über den Antrag Stadler mit 31 zu 19 Stimmen bei 1 Enthaltung. Die Motion ist abgelehnt.

